



Der stellvertretende Bürgermeister Herr Möller (zweite Reihe links) kämpfte während der Stadtverordnetenversammlung darum, daß die Haushaltssatzung doch noch die Zustimmung der Abgeordneten fand. Foto: Karl-Heinz Arendsee

Debatte über die Haushaltssatzung setzte die Gemüter in Bewegung

Auf der 8. Tagung der Beeskower Stadtverordneten notiert

Ein Mammutprogramm erwartete die Abgeordneten und die wenig erschienenen interessierten Bürger am Mittwoch auf der 8. Stadtverordnetentagung in der Kreisstadt.

Viel Zeit nahm die Beschlußfassung über die vorläufige Haushaltssatzung in Anspruch. Die Abgeordneten wurden dabei in eine Entscheidung gedrängt, der eine lange Debatte vorausging. Kein Wunder, stand doch die verantwortungsvolle und schwierige Aufgabe erstmals vor den Abgeordneten. Schwierig deshalb, „weil“, wie es Herr Möller, der stellvertretende Bürgermeister, begründete, „keine Vergleichsmöglichkeiten zum Vorjahr bestehen, es an verlässlichen Steuererschätzungen fehlt, keine endgültige Klarheit über die Zuweisung des Bundes und des Landes besteht und keine Aussagen der Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst vorliegen“. Kurz und knapp, es ist kein Geld da, um dringend notwendige Investitionen zu tätigen. Und so ist es auch nur zu gut zu verstehen, daß um den sparsamsten Einsatz aller finanziellen Mittel gerungen wird, denn es geht u. a. auch darum, der Kinderbetreuung und Schulbildung nachkommen zu können.

Für die Verbesserung der Infra-

struktur und gleichzeitig für auszulösende spürbare Verbesserungen der Beschäftigungsimpulse ging es schließlich um die Aufnahme eines Kredites in Höhe von 8 255 450 DM. Dies wiederum bedeutet, daß zum Jahresende ein Schuldenstand von 917 DM je Einwohner zu verzeichnen sein wird.

Herr Möller konkretisierte eine Menge Vorhaben, die diese Kreditaufnahme rechtfertigen. Hierzu nur ein paar Beispiele. Neben umfangreichen Instandsetzungs-, Rekonstruktions- und Modernisierungsarbeiten an Kinder-, Bildungs- und Sporteinrichtungen geht es um die Sanierung des Rathauses, die Rekonstruktion der Stadtmauer, den Erwerb und die Rekonstruktion des Wohnblocks in der Werkstraße, den Umbau des Gemeindehauses in Beeskow. Damit ist die ehemalige Kreisdienststelle der Stasi gemeint. Eine Sozialstation und der Seniorentreff sollen hier Einzug halten.

Abgesehen davon, daß Herrn Möller die Hochachtung für die Ausarbeitung dieses komplizierten Dokuments ausgesprochen wurde und auch für die Tatsache, daß der Verwaltungsbereich derzeit einen ausgeglichenen Plus-Minus-Stand aufweist, stieß es

bei den Abgeordneten auf Unverständnis, daß dieses wichtige Dokument zuvor nicht in den Ausschüssen debattiert wurde. Die PDS-Fraktion sprach sich zusätzlich noch für eine diesbezügliche Bürgerfragestunde aus, „um die demokratische Mitwirkung zu gewährleisten“, wie es der Abgeordnete Teichert ausdrückte. Die SPD-Fraktion plädierte für eine beschränkte Ausschreibung von Aufträgen bei den in Angriff zu nehmenden Aufgaben, damit vor allem Firmen unserer Region davon profitieren können.

Trotz vieler Ungereimtheiten, der PDS-Fraktion fehlte u. a. eine Aussage über die Betreuung Arbeitsloser und der auch auf Beeskow zukommenden Asylanten, wurde schließlich doch noch mit einer Gegenstimme der vorläufigen Haushaltssatzung zugestimmt.

Quintessenz: Der Ruf nach Geld war nicht zu überhören. Abgeordneter Teichert dazu: „Wenn es sich die Regierung leisten kann, Milliarden für den Golfkrieg zu geben, muß auch etwas für die Bürger da sein. Gibt sie es nicht, stehen wir in der Pflicht einzuklagen.“

MARLENE FRIEDRICH